



vfggh

Verfassungsgerichtshof
Österreich

1010 Wien, Judenplatz 11
Österreich

Mediensprecher

Mag. Christian Neuwirth

Tel ++43 (1) 531 22-525

Fax ++43 (1) 531 22-108

christian.neuwirth@vfggh.gv.at

www.vfggh.gv.at

Presseinformation

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in Wels muss nicht wiederholt werden

Ausschluss der Liste "Die Bunten" von der Wahl wegen Verbotsgesetz erfolgte zu Recht

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die Gemeinderatswahl und die Bürgermeisterwahl in Wels nicht wiederholt werden muss. Der Ausschluss der Liste "Die Bunten" von der Wahl durch die Wahlbehörde war nicht verfassungswidrig. Das Vorhaben der Liste "Die Bunten", bei dieser Wahl zu kandidieren, ist als Akt der Wiederbetätigung im Sinne des Verbotsgesetzes zu werten und daher unzulässig.

In ihrer Entscheidung führen die Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter Folgendes aus:

"Die Verfassungsbestimmung des § 3 Verbotsgesetz verbietet jedermann, sich für die NSDAP oder ihre Ziele irgendwie zu betätigen; sie erklärt derartige Akte der Wiederbetätigung ausnahmslos für rechtswidrig: Die kompromisslose Ablehnung des Nationalsozialismus ist ein grundlegendes Merkmal der wiedererstandenen Republik. (...) Jedes staatliche Handeln hat sich an diesem Verbot als unmittelbar anwendbarem Verfassungsrecht zu orientieren. Es darf folglich kein behördlicher Akt ergehen, der eine Mitwirkung des Staates an nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde. Die Wahlbehörden haben darum Wahlvorschläge, deren Einbringung sich als Akt nationalsozialistischer Wiederbetätigung darstellt, als unzulässig zurückzuweisen."

Die Wahlbehörden müssen bei einer solchen Entscheidung auch die begleitende Wahlwerbung berücksichtigen, und zwar unter Beachtung des Umfeldes der wahlwerbenden Gruppe und deren Kandidaten. Diesem Wahlmaterial und dem Umfeld kommt, so der Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung, insbesondere auch dann eine hohe Bedeutung zu, wenn die wahlwerbende Gruppe weder ein Partei- noch ein Wahlprogramm vorgelegt hat.

Wörtlich heißt es in der VfGH-Entscheidung weiters:

"(...) Die Vertreibung (Abschiebung) `volksfremder Elemente´ aus dem Staatsgebiet in Verfolgung vorwiegend `rassenpolitischer´ Pläne und Vorhaben war eines der erklärten Hauptziele der NSDAP. Ebendiese Ziele aber machte die einschreitende wahlwerbende Gruppe - auch durch ihr Verhalten im Vorfeld der Wahl - zu ihrem ausschließlichen Thema in der Wahlwerbung, die sich in fremdenfeindlichen Schlagworten erschöpfte."

Aufgrund dieser Tatsachen, die den als Wahlwerbern auftretenden Personen zuzurechnen sind, war die Wahlbehörde im Recht, die Liste nicht zur Wahl zuzulassen.

Das Ergebnis der Gemeinderatswahl und der Bürgermeisterwahl Wels vom 27. September 2009 ist somit gültig.

W I-2/09

W I-3/09

Presseinformation vom 5. März 2010